Polen-Pressespiegel 37/2022 vom 15.09.2022

Das finden Sie in dieser Ausgabe

- *Lewicka: Kaczyński wie Trump. Er bereitet den Boden für eine „gestohlene Wahl“*
- *„Reparationen“ - Ein multifunktionales politisches Instrument*
- *Schuld der Deutschen, Schuld von Tusk, nur PiS ist unschuldig*
- *Reaktion auf die Worte des PiS-Vorsitzenden. „Sie werden wieder anfangen, Pampers und Fenster zu verbrennen“.*
- *Die Abtreibungsfrage spaltet die Opposition. Sie kann eine gemeinsame Liste für die Wahlen verhindern*
- *Halten wir Russland aus unserem Europa heraus*

Dazu wie immer ein Cartoon von Andrzej Mleczko und zum Schluss mal ein kluger, mal ein dummer Spruch der Woche

Lewicka: Kaczyński wie Trump. Er bereitet den Boden für eine „gestohlene Wahl“

Karolina Lewicka *Quelle: natemat.pl*

*Ein Kommentar von **Karolina Lewicka***

Jarosław Kaczyński hat nach einer Sommerpause seine Reisen durch das Land wiederaufgenommen. Er begann mit dem befreundeten Kleinpolen - 2019 erhielt die PiS dort 49 Prozent der Stimmen in Nowy Targ und 52 Prozent im nahegelegenen Nowy Sącz. Die zweitplatzierte Bürgerplattform hatte in beiden Städten die Hälfte dieses Ergebnisses. Kein Wunder, dass sich Kaczyński dort wie zu Hause fühlt.
Was die Öffentlichkeit von diesen beiden Treffen mitbekam, war vor allem die recht bizarre Reaktion des Parteivorsitzenden auf die Vorwürfe der Opposition, das Land zu bestehlen. „Hier stiehlt niemand“, versicherte Kaczyński feierlich und fügte hinzu: „Und schon gar nicht stiehlt jemand ungestraft.“
Vielleicht wird diese Erklärung die vorübergehend zweifelnden Wähler der Regierungspartei beruhigen, aber sie wird die Wahrheit nicht verschleiern. Kaczyńskis Regime und die Gefolgschaft seiner Abgeordneten werden gerade dadurch aufrechterhalten, dass der Staat finanziell bis auf den Grund ausgehöhlt wird. Kaczyński erlaubt seinen Leuten einfach, zu „stehlen“, d.h. sich in beispielloser Weise auf Staatskosten zu mästen.
Die Kirsche auf der Torte des Treffens in Nowy Targ war der engagierte Gesang der Abgeordneten Anna Paluch und der begleitenden Volksmusikkapelle „...und Gesundheit, und Glück, und Segen durch die Hände Marias“. Das Gesicht des Präsidenten war zu diesem Zeitpunkt nicht zu sehen. Es war von Blumen und Zellophan verdeckt, die von einem Geschenk an ihn stammten.
Allerdings wurden in Nowy Targ auch Worte gesagt, die mit aller Ernsthaftigkeit angesprochen werden müssen.

Kaczyński droht mit „Tragödie“ bei den Wahlen
Erstens hat Kaczyński erneut erklärt, dass es eine „Tragödie“ wäre, wenn die Parlamentswahlen im nächsten Jahr von der Opposition gewonnen würden. Seit einigen Monaten erzählt er dieses Märchen, indem er das herrschende Lager, d.h. das „souveräne Polen“, der Opposition, d.h. den Lakaien Berlins, Brüssels und Moskaus, gegenüberstellt, unter deren Herrschaft unser Land in eine Art Abhängigkeit unter die stärkeren Akteure rutschen soll. Einfach „Verrat“.
Es steht also, wie aus den Worten Kaczyńskis hervorgeht, ein Kampf um alles oder nichts, das heißt eine „wichtige Wahl“ bevor. Zweitens kündigte Kaczyński „einige rechtliche Änderungen an, die eine bessere Kontrolle des Wahlergebnisses ermöglichen werden“. Was er genau vorhat, verriet er nicht. Schließlich hat die PiS bereits echte Macht über den Wahlprozess, da sie zuvor die Regeln für die Ernennung der Mitglieder der staatlichen Wahlkommission geändert hat. Früher waren es Richter, die von den Präsidenten des Obersten Gerichtshofs, des Obersten Verwaltungsgerichts und des Verfassungstribunals ernannt wurden. In den vergangenen zwei Jahren wurden die Richter der staatlichen Wahlkommission - wie könnte es anders sein - hauptsächlich von Politikern ernannt.
Die PiS hat zum Beispiel ihr Ratsmitglied aus Warschau für diese Institution nominiert. Doch damit nicht genug: Über die Gültigkeit der Wahlen entscheidet die von der PiS eingerichtete Kammer für außerordentliche Kontrolle und öffentliche Angelegenheiten im Obersten Gerichtshof. Sie wird von einer guten Freundin von Andrzej Duda, Professorin Joanna Lemańska, geleitet.
Bei der Besetzung der Kommission handelt es sich um Personen, die mit Ordo Iuris in Verbindung stehen, oder um einen Notar, der früher in dem von Marek Kuchciński eingesetzten Team gearbeitet hat. Dies sind keine zufälligen Personen. Welche anderen „Absicherungen“ ihrer Macht will die PiS also einführen?
Drittens rief Kaczynski seine Anhänger auf, „eine Armee zur Bewachung der Wahlen“ zu schaffen. Er fügte hinzu, nur wenn eine solche Armee gebildet wird, „können wir sicher sein, dass das Ergebnis gerecht sein wird“.
Auf den ersten Blick ist an diesem Aufruf nichts Besorgniserregendes. Auch die Opposition bereitet sich gemeinsam mit KOD darauf vor, den Verlauf der Wahlen zu kontrollieren. Die Institutionen der Vertrauensleute und gesellschaftlichen Beobachter sind Teil der Wahlordnung eines jeden demokratischen Staates.

Die Opposition kündigt eine Abrechnung mit der PiS an
Aber diese Worte des Parteivorsitzenden darf man nicht ohne Kontext lesen. Und der Kontext ist, dass die PiS und Kaczyński selbst panische Angst vor einer Niederlage haben. Erstens, dass dies den Verlust von ihren Arbeitsplätzen, Geld und Macht bedeutet. Zweitens, dass die Gefahr von Abrechnungen am Horizont auftaucht.
Die Führer der Oppositionsparteien sprechen immer lauter darüber (zuerst Tusk, kürzlich auf dem Zukunftscampus Polen auch Władysław Kosiniak-Kamysz), denn das ist das Gefühl ihrer Wählerschaft. Dieser „Kampf um alles oder nichts“ ist also wie folgt zu verstehen: Entweder wir werden weiterhin ungestraft reich sein, oder es wird die Zeit kommen, die Verantwortung für unser Handeln zu übernehmen und vom Futtertrog gerissen zu werden.

Das Narrativ von der „gestohlenen Wahl“
Aus diesem Grund wird die PiS bis zu den Wahlen den Boden für eine mögliche Anfechtung eines für sie ungünstigen Wahlergebnisses bereiten. So, wie es Donald Trump in den Vereinigten Staaten getan hat. Schließlich kam der Angriff auf das Kapitol nicht aus heiterem Himmel. Erstens hat der Präsident während des Wahlkampfs seinen Rivalen und seine gesamte Partei rücksichtslos desavouiert. Die Demokratische Partei und Joe Biden wurden in Trumps Erzählung zum Inbegriff des Bösen. Identisch mit den Oppositionsgruppen, vor allem der PO und Donald Tusk, in den Erzählungen des Machtlagers und der Propaganda der öffentlich-rechtlichen Medien.
Und als in der Wahlnacht klar wurde, dass das Weiße Haus den Republikanern entglitt, kochten die Emotionen in der Öffentlichkeit hoch. Erst erklärte sich Trump noch während der Auszählung der Stimmen (!) zum Sieger, dann verlangte er, dass die Auszählung der Stimmen gestoppt wird (!), und schließlich, als die Medien am 7. November verkündeten, dass Biden gewonnen hatte, entstand die Erzählung von einer „gestohlenen Wahl“.

Sie reifte in den zwei Monaten, die zwischen der Wahl, der Auszählung der Wählerstimmen durch den Kongress und der offiziellen Bestätigung von Bidens Sieg lagen. Am 6. Januar 2021 rief Trump seine Anhänger einfach dazu auf, „wie der Teufel zu kämpfen“. Und sie begannen, das Kapitol zu stürmen.
Wie wir aus der Arbeit des Sonderausschusses, der die Ereignisse dort untersucht, wissen, hat Trump 187 Minuten lang gezögert, ein Ende des Angriffs zu fordern. Gleichzeitig versuchte er immer wieder, die Realität zu seinen Gunsten zu verbiegen, indem er beispielsweise Senatoren anrief, um die Zustimmung des Wahlmännerkollegiums zu torpedieren. Er wollte auch, wie Trumps Berater aussagte, persönlich zum Kapitol gehen und sich an die Spitze einer aggressiven Menge stellen!

Was passiert, wenn PiS verliert?
Könnten sich ähnliche Ereignisse in Polen ereignen, wenn die PiS verliert? Natürlich, warum nicht? Vorerst beschuldigt Kaczyński im Voraus die Opposition, ein für sie ungünstiges Wahlergebnis nicht anzuerkennen. Da der Parteivorsitzende dafür bekannt ist, seine eigenen Absichten anderen zuzuschreiben, ist dies folgendermaßen zu verstehen: Es ist möglich, dass die PiS ein für sie ungünstiges Wahlergebnis nicht anerkennen wird. Mit einem solchen Szenario muss ernsthaft gerechnet werden.
Aber nicht darum mobilisiert die PiS ihre eigenen Wähler bereits jetzt, um sicherzustellen, dass das Wahlergebnis den Willen der Wähler widerspiegelt, nicht darum droht sie permanent mit der Opposition und macht sie zu Verrätern an der Nation, nicht darum schürt sie eine moralische Panik, um nicht zu versuchen, diese Emotionen in einer für sie ungünstigen Situation zu benutzen. Selbst wenn das nicht zum Machterhalt beiträgt, wird es einen weiteren Mythos bilden, der die Anhängerschaft des PiS-Vorsitzenden festigt. Exakt so wie die „gestohlene Wahl“ Trumps Anhänger weiter antreibt.
Senator Kazimierz Michał Ujazdowski, mit dem ich kürzlich über sein Buch „Institutionen und ihre Feinde“ gesprochen habe, schreibt darin: „Nach ihrem Machtverlust wird die PiS den Konflikt, der den Staat zerreißt, aufrechterhalten und daran interessiert sein, dass sich die von ihr vertretene Gruppe durch die öffentliche Meinung im öffentlichen Raum fremd fühlt. Ich habe keinen Zweifel daran, dass dies eine Politik sein wird, die darauf abzielt, die neue Regierung nur als Provisorium anzusehen.“ Kaczyński hat soeben einen Weg eingeschlagen, der diese Vorhersage in vollem Umfang in Erfüllung gehen lassen dürfte.

Zsfg.: AV

https://natemat.pl/434878,lewicka-kaczynski-jak-trump-szykuje-grunt-pod-skradzione-wybory

ANDRZEJ MLECZKO

DIE ANTWORT AUF DIESE FRAGE FINDEN SIE AUF MEINER INTERNETSEITE www wacek pl

Zsfg.: JP

Mehr Informationen über den Künstler findet man auf den offiziellen Seiten:
http://www.mleczko.pl/ und http://www.sklep.mleczko.pl/

„Reparationen“ - Ein multifunktionales politisches Instrument

Quelle: wyborcza.pl

*Ein Kommentar von **Magdalena Środa***

Es gibt viele Gründe, warum der PiS einfach Reparationen von Deutschland zustehen, und zwar ohne Ende.

Ich weiß nicht, welches Nebenhirn des Parteivorsitzenden auf die Idee gekommen ist, deutsche Reparationen zu fordern. Suski? Bielan? Kurski? Krasnodębski? Vielleicht alle zusammen, denn einer von ihnen wäre der Aufgabe wahrscheinlich intellektuell nicht gewachsen, aber im Ernst: Die Jungs sind erfolgreich und haben einen Platz auf den Wahllisten verdient.

Denn „Reparationen“ sind ein multifunktionales und vielschichtiges politisches Instrument. Ihr Hauptzweck sind natürlich die Wahlen, aber – nebenbei bemerkt – erfüllen sie die PR-Aufgabe der PiS auf vielen Ebenen.

„Reparationen“ lenken die Aufmerksamkeit von dem russischen Aggressor ab. Denn was ist schon Russland im Vergleich zu den Deutschen, die bereits „unsere Souveränität einschränken wollen“ – wie es in einem TVP-Streifen von Kurski hieß – und mit uns noch nicht den Zweiten Weltkrieg abgerechnet haben.

Das „Erheben von den Knien“ der PiS besteht darin, Polen zum Opfer zu machen und um Reparationen zu betteln (was übrigens meinen Patriotismus verletzt). Deutschland soll vermutlich nicht nur für materielle Verluste, sondern auch für unseren Heldenmut bezahlen.

Die „Reparationen“ verweisen auf Deutschland als wichtigsten Sündenbock (in der PiS gibt es eine ganze Herde von Sündenböcken). Es gibt eine Krise, keine Kohle, eine grassierende Inflation. Wer ist daran schuld? Die Deutschen. Wer kann es verhindern und wer will es nicht? Die Deutschen.

„Reparationen“ sind auch eine weitere Stufe der Trennung von der Union, denn schließlich ist die Union gleich Deutschland, ergo schadet die Union uns.
Die „Reparationen“ sind natürlich ein populistischer Hebel für die PiS, denn wer kämpft für den Wohlstand, den wir verdienen? Unser Vorsitzender. Und warum verlieren wir unseren Wohlstand, warum gibt es keine Kohle und warum sterben die Fische in der Oder? Weil die Deutschen uns nicht das geben wollen, was uns zusteht.

Die historische Verknüpfung des Bösen von Nazi-Deutschland mit dem Bösen des demokratischen Deutschlands ist ebenfalls nicht unbedeutend, denn sie trifft Tusk. Er hatte einen Großvater in der Wehrmacht, und nun ist die Wehrmacht gleich Tusk (Jacek Kurski bemüht sich sehr, Tusks deutschsprachige Äußerungen aus den Archiven zu extrahieren, um dies zu belegen. Übrigens für die PiS schadet Polen jeder, der Deutsch spricht, mit Ausnahme von Krasnodębski).

„Reparationen“ lenken von den Gräueln ab, die sich an der belarussischen Grenze abspielen, wo Menschen sterben, nur weil sie eine andere Hautfarbe haben. Für die PiS muss es ein wenig verwirrend sein, dass die Deutschen doch eine weiße Rasse sind, die Kaczyńskis Partei im Allgemeinen unterstützt und auf die sie stolz ist (worauf kann ein Ziobro oder Suski denn stolz sein, wenn nicht auf seine Hautfarbe?). Aber unsere Nachbarn verhalten sich nicht wie echte Weiße. Sie veranstalten keine Jagd auf dunkelhäutige Flüchtlinge, was die tägliche Aufgabe unserer Jungs vom Grenzschutz, von der Territorialverteidigung und anderer Formationen ist, also sind die Deutschen für die PiS ein wenig schwarz.
„Reparationen“ sind auch ein Zeichen dafür, dass wir ein Land schikanieren werden, das eine „Kultur des Todes“ fördert, d. h. die Säkularisierung, reproduktive Rechte von Frauen und die Behandlung von LGBT-Personen als menschliche Wesen. Die deutsche Gleichstellungspolitik beleidigt schließlich unsere Kriegswunden!

„Reparationen“ sind letztendlich ein sichtbares Zeichen für den Konservatismus der PiS, die vor den Wahlen 2023 erklären will, dass es ihr immer um die Vergangenheit und nicht um die Zukunft, um das Märtyrertum und nicht etwa um die Ökologie gegangen ist und gehen wird, und dass sie immer zu Polen als Christus der Nationen und nicht zu einer offenen demokratischen und modernen Nation stehen wird. Deshalb stehen der PiS Reparationszahlungen einfach zu.

Zsfg.: JP

https://wyborcza.pl/7,75968,28871295,reparacje-wielofunkcyjne-narzedzie-polityczne.html

wyborcza.pl

Schuld der Deutschen, Schuld von Tusk, nur PiS ist unschuldig

Marek Beylin *Quelle: krytykapolityczna.pl*

Ein Kommentar von ***Marek Beylin***

Indem sie die Frage der Reparationen aufwirft, schiebt die PiS ihre eigene Verantwortung für die sich verschlechternde Situation auf Deutschland ab. Jetzt wird „die Schuld der Deutschen“ in der Propaganda ebenso allgegenwärtig sein wie „die Schuld von Tusk“.

Wenn Sie deutsche Reparationen wollen, wählen Sie PiS – so sieht der Wahlkampf der Regierung aus. Diese schwindelerregende Märchensumme von 6 Billionen 200 Milliarden PLN soll die Öffentlichkeit täuschen und von der tatsächlichen Krise, der Inflation und der Verarmung der Menschen ablenken. Sie soll auch über die fehlenden EU-Gelder aus dem Nationalen Wiederaufbauplan hinwegtäuschen, die zurückgehalten werden, weil die PiS nicht von der Zerstörung der Rechtsstaatlichkeit ablassen will.

Natürlich weiß die PiS-Führung, dass die Forderung nach Reparationen von Deutschland für den Krieg nur ein großer Wahlbetrug ist, denn der polnische Staat hat bereits mehrmals auf solche Forderungen verzichtet, unter anderem im Austausch für die dauerhafte Anerkennung unserer Westgrenze. Daher wird es keine Reparationen geben. Darüber hinaus ist es wahrscheinlich, dass als Reaktion auf die Wiedergutmachungs-Propaganda der PiS in den extremen deutschen Kräften Ideen geboren werden, die die deutsch-polnische Grenze, d. h. den Status der westlichen Gebiete, infrage stellen.

Nach Ansicht der PiS ist der Reparationsbetrug jedoch heilsam, da er es ermöglicht, die wichtigsten Probleme der Regierung zu lösen.
Erstens. Angesichts der mehr als 6 Billionen, die Deutschland Jarosław Kaczyński schuldet, verlieren ihre Bedeutung nicht nur die Milliarden aus dem Nationalen Wiederaufbauplan, sondern alle EU-Mittel im

Allgemeinen. Ein so extrem bereichertes Polen braucht nicht mehr in der EU zu sein, es kommt auch ohne sie zurecht. Wir können sie also verlassen und müssen uns nicht mehr mit ihr über Geld und Rechtsstaatlichkeit streiten. Dies ist die Botschaft, die von der Wiedergutmachungs-Propaganda der Regierung vorerst implizit vermittelt wird.

Zweitens. Die Bürgerrechte werden angesichts des Einsatzes von 6 Billionen 200 Milliarden irrelevant. Schließlich werden wir alle in Hülle und Fülle schwelgen. Schließlich glaubt die PiS, eine beispielhafte populistische Formation, nicht an die autonome Kraft von Werten wie Gleichberechtigung. Stattdessen glaubt sie an die Macht der Bestechung: Die Würde des Menschen wird daran gemessen, wie viel Geld man im Portmonee hat – so lautet das aufrichtige Credo der Machthaber. In dieser Version werden die deutschen Reparationen für die Würde eines jeden Menschen bezahlt. Die PiS wird es garantieren.

Drittens nimmt die menschliche Ungerechtigkeit im ärmeren Polen zu, auch in der Wählerschaft der PiS. Und die Regierung hat keine Ahnung, wie sie Abhilfe schaffen kann. Abgesehen von der Idee der Wiedergutmachung.
Haben Sie kein Geld, von dem Sie leben können? Macht Ihnen die Armut zu schaffen? Fordern Sie Ihr Geld von den Deutschen, das diese sich weigern zu geben. Auf diese Weise wird die PiS ihre eigene Verantwortung für die sich verschlechternde Lage der Polen auf Deutschland abwälzen. Die „deutsche Schuld“ wird in dieser Propaganda ebenso allgegenwärtig sein wie die „Schuld von Tusk“.

Kann eine solche Kampagne wirksam sein? Das ist zweifelhaft, denn es ist mit bloßem Auge zu erkennen, dass sie von Verzweiflung diktiert wurde.
Zum ersten Mal hat die PiS den Wählern keine echten Boni zu bieten, sondern verspricht nur eine Fata Morgana. Das bedeutet jedoch nicht, dass das demokratische Lager diese Kampagne ignorieren kann.
Sie sollte bis zur Langeweile und noch tausendmal wiederholen, dass das Projekt, Reparationen von Deutschland zu erhalten, nur ein gigantischer Wahlbetrug ist.
Ebenso konsequent sollte sie betonen, dass Polen nur in der EU eine Chance hat, sich zu entwickeln und dass seine Bürger die ihnen zustehenden Rechte erhalten.
Sie sollte auch ihr eigenes Bild einer gerechten Gesellschaft entwerfen. In dieser Hinsicht hat Donald Tusk einen wichtigen Schritt getan, als er das Recht der Frauen auf Abtreibung unterstützte. Schließlich ist die Stärkung der polnischen Frauen eine unverzichtbare Voraussetzung für ein gutes Polen.
Es geht also darum, den verlogenen Hirngespinsten der PiS eine echte, bessere Zukunft, ohne PiS entgegenzusetzen.

Zsfg.: JP

https://wyborcza.pl/7,75968,28866412,wina-niemca-wina-tuska-tylko-pis-niewinny.html

Reaktion auf die Worte des PiS-Vorsitzenden. „Sie werden wieder anfangen, Pampers und Fenster zu verbrennen“

Quelle: interia.pl

*Ein Kommentar von **Dawid Serafin***

„Im Moment muss man mit allem heizen, außer Reifen oder ähnlich schädlichen Dingen, weil Polen beheizt werden muss“, sagte der PiS-Vorsitzende, Jarosław Kaczyński, bei einem Treffen mit Einwohnern in Nowy Targ. „Solche Äußerungen sind ein Versuch, die gesellschaftliche Mentalität um etwa ein Dutzend Jahre zurückzudrehen“, schätzt ein Experte ein. Einige Bewohner der Region Podhale verbrannten doch jahrelang Pampers, in Altöl getränkte Lumpen, hölzerne Fensterrahmen, Fabrikabfälle oder Plastikflaschen in ihren Herden.

Jarosław Kaczyński ist erneut zu einer Rundreise durch Polen aufgebrochen. Am vergangenen Wochenende besuchte er unter anderem Nowy Targ, Nowy Sącz, Mielec und Stalowa Wola. Bei seinem Besuch in Podhale wurde dem Vorsitzenden der PiS eine Frage gestellt, in der auf die teure Kohle und das teure Gas hingewiesen wurde sowie auf die „strengste“ Anti-Smog-Gesetzgebung, die „die Ärmsten trifft, indem sie die Holzverbrennung einschränkt“. **Man müsse derzeit mit allem Heizen, abgesehen von Reifen oder ähnlich schädlichen Dingen, weil Polen beheizt werden müsse, sagte der Politiker.**

Das ist so, als würde man 8.000 Zigaretten im Jahr rauchen.
Wir sprechen über die Antwort des Vorsitzenden mit Magdalena Cygan von der Organisation Nowatorski Smog Alarm, die seit Jahren versucht, die Einwohner von Podhale für die Bedeutung der Smogbekämpfung zu sensibilisieren. „Ich hoffe, dass der Herr Vorsitzende die Verbrennung von Holz, Kohle oder anderen Brennstoffen gemeint hat, die legal verwendet werden können. Solche Worte des Vorsitzenden könnten jedoch einige Leute ermutigen, wieder alles zu verbrennen, was sie können", sagt Magdalena Cygan in einem Interview mit Interia.
„In der Vergangenheit hat es Fälle gegeben, in denen jemand Holzfenster oder Holzfaserplatten verbrannt hat. Wir haben auch Berichte über Pampers erhalten, die in Öfen verbrannt wurden. Wir hatten auch eine Situation, in der eine extrem arme Person unverbrannte Kerzen von einem Friedhof sammelte und versuchte, sie zuhause abzubrennen. Ein weiteres Beispiel für eine Person, die Geld sparen wollte: Sie ging zu ihren Nachbarn und sammelte dort Plastikflaschen, die sie dann im Herd verbrannte. Ein weiteres Beispiel. Eine wohlhabende Person, die zwei Herde zuhause hatte. Bei dem einen handelte es sich um einen modernen Ofen der fünften Generation, bei dem anderen um einen so genannten Stinkerofen. Diese Person hatte einen Freund, der über Altöl verfügte. Sie nahm dieses Öl und tränkte Kleider und Lappen damit und warf es in den Stinkerofen", zählt sie auf.
„Ich befürchte, dass in Podhale solche Zeiten wiederkehren könnten. Und das sind nicht nur die Worte des Vorsitzenden. Auch Probleme mit der Verfügbarkeit von Kohle guter Qualität und deren Preis können die Menschen dazu veranlassen, alles zu verbrennen, was sie können, um Geld zu sparen", erklärt Cygan.
„Dies könnte den Kampf gegen Smog um einige Jahre zurückwerfen. Im Jahr 2016 wurde in Nowy Targ eine Prüfstation der Hauptaufsichtsbehörde für Umweltschutz eingerichtet. Aus dem Luftqualitätsbericht 2021 geht hervor, dass die Menge an Benzo(a)pyrene zurückgegangen ist. Bisher waren es 18 Nanogramm, während die Norm bei 1 liegt. **Das ist so, als ob jeder, der in Nowy Targ wohnt, 8.000 Zigaretten im Jahr rauchen würde.** Jetzt sind es 15 Nanogramm. Ja, diese Quote ist immer noch sehr hoch, aber es gibt eine Verbesserung. Dies ist das Ergebnis jahrelanger Arbeit von Beamten, kommunalen Zuschüssen und des Programms für saubere Luft oder der Sensibilisierung der Menschen für die Probleme der Luftverschmutzung. Die Einwohner werden immer aufmerksamer, und es ist normal, dass sie über Smog sprechen", sagt sie abschließend.
Interessanterweise hat Nowy Targ eine eigene Anti-Smog-Resolution. Die wichtigste Prämisse des Dokuments ist der vollständige Ausstieg aus der Kohle bis zum 1. Januar 2030. Außerdem dürfen seit Anfang 2022 keine neuen Kohlekessel mehr installiert werden. Im Gegenzug gelten ab 2023 strengere Emissionsanforderungen für neu installierte Heizkessel, Kamine und Heizungen, die mit Holz, Pellets oder Biomasse betrieben werden.

Gefährliche Aussage
Piotr Sergiej von Polski Alarm Smogowy hat keinen Zweifel daran, dass solche Worte nicht hätten gesagt werden dürfen. **„Die Erklärung des Vorsitzenden Kaczyński ist ein Versuch, die gesellschaftliche Mentalität um einige Jahre zurückzudrehen. Ich hoffe, dass denkende Menschen nicht auf diese Überzeugungen hören und keinen Abfall verbrennen werden. Ich habe den Eindruck, dass unser Smog- und Umweltbewusstsein in den letzten Jahren stark zugenommen hat.** Deshalb ist das, was der Vorsitzende gesagt hat, so gefährlich, weil manche Leute es als Erlaubnis auffassen könnten, alles zu verbrennen. In Polen ist es nicht erlaubt, egal was zu verbrennen, weil wir ein Gesetz haben, das dies verbietet. Unabhängig von den Äußerungen der Politiker ist das Gesetz in Polen nach wie vor in Kraft und verbietet die Verbrennung von z. B. Klärschlamm, Braunkohle oder nassem Holz", sagt er in einem Interview mit Interia.
Und er fängt an, Geschichten darüber zu erzählen, was die Leute in der Vergangenheit in den Öfen verbrannt haben. „Mir wurde am Telefon berichtet, dass in einigen Pflegeheimen hunderte von Kilos an Pampers verbrannt werden. Mir wurde berichtet, dass einige Gewächshäuser mit dem Verbrennen dieser aus dem Westen importierten Kleiderballen geheizt werden, die an Second-Hand-Läden gehen sollten. Von solchen Kuriositäten habe ich noch das Beispiel von Plastikflaschen, die mit verschiedenen brennbaren Materialien gefüllt und in Kessel geworfen wurden. Traditionell Reifen. Es gibt also eine ganze Gruppe

dieser Materialien. In der Region Podhale beispielsweise werden an einigen Orten die Abfälle von Schuhfabriken verbrannt“, sagt er.
Unterdessen wollen die Behörden der Woiwodschaft Kleinpolen, die von der PiS regiert wird, die Anti-Smog-Bestimmungen lockern. Das Anfang 2017 verabschiedete Dokument sieht vor, dass die Einwohner der Provinz bis 2022 auf die Nutzung so genannter Stinkerofen verzichten sollen. Die Bestimmungen erlauben es den Menschen jedoch, ihre Häuser mit Kohle und Holz zu heizen.
Nach Angaben des Zentralen Registers für Gebäudeemissionen (CEEB), das Informationen darüber enthält, womit Immobilien beheizt werden, **nutzen in Kleinpolen 119 Tausend Haushalte sogenannte Stinkerofen.** Dies sind die Daten vom 1. Juli. PiS-Politiker wollen, dass das Verbot um ein Jahr verschoben wird.

Smog schadet der Gesundheit
„Ich weiß nicht viel über Politik, aber über Gesundheit und Heilung schon. Es ist für mich inakzeptabel, Menschen dazu zu ermutigen, etwas im Herd zu verbrennen. **Die Luftverschmutzung kennt keine Grenzen. Und Staub aus der Verbrennung verschiedener Abfälle hat keine positive Wirkung auf die Lunge, das Immunsystem oder das Nervensystem.** Wenn wir schlechte Luft einatmen, führt das zu mehr Infektionen, Heiserkeit und Husten. Smog macht anfälliger für Schlaganfälle, Herzinfarkte oder Blutdruckprobleme. Die Ergebnisse einer von Professorin Ewa Czarnobilska durchgeführten Studie zeigen, dass mit der Verbesserung der Luftqualität in Krakau die Zahl der Kinder mit Asthmasymptomen zurückgegangen ist“, erklärt Dr. Anna Prokop-Staszecka, Spezialistin für Lungenkrankheiten und Vorsitzende des Ausschusses für Ökologie und Luftreinhaltung des Krakauer Stadtrats, in einem Interview mit Interia.
Die von Dr. Prokop-Staszecka erwähnte Studie wurde zwischen 2008 und 2018 an einer Gruppe von 75.000 Kindern durchgeführt. In Bezug auf allergischen Schnupfen berichteten zunächst rund 50 Prozent der Befragten über Beschwerden. Dieser Prozentsatz sank innerhalb von 10 Jahren auf etwa 35 %. Bei Asthma bronchiale ging der Prozentsatz von 22 % auf 9 % zurück. Das ist eine sehr große Verbesserung.
„Es gibt Dinge, die wir kontrollieren können. Wir können entscheiden, was wir essen, welchen Lebensstil wir führen, aber was wir einatmen, können wir oft nicht beeinflussen. In meine Station kommen junge Menschen, die einen aktiven Lebensstil führen, nicht rauchen und bei denen Lungenkrebs diagnostiziert wird. Durch verschmutzte Luft verkürzen wir unser Leben, weil wir an Sauerstoffmangel leiden und giftige Gase und Staub einatmen. Daher schreitet die Arteriosklerose schneller voran, was zu Herzinfarkten und Schlaganfällen führt, und wir haben häufiger Lungenkrebs, Asthma und chronisch obstruktive Lungenerkrankungen. Durch den Smog verschlechtert sich auch die Lebensqualität, denn häufige Atemwegsinfektionen, laufende Nase, Husten, Kurzatmigkeit verschlechtern den Lebenskomfort. Das Drama besteht darin, dass Kinder, deren Lungen sich noch in der Entwicklung befinden, giftige Luft einatmen, was zu einer schlechteren Entwicklung und einer geringeren Oberfläche der Atemwege führt. Es gibt auch wiederkehrende Infektionen und Pseudoinfektionen“, schließt Dr. Prokop-Staszecka.

Zsfg.: JP

https://wydarzenia.interia.pl/malopolskie/news-reakcja-na-slowa-prezesa-pis-znow-zaczna-palic-pampersami-i-,nId,6266427

Die Abtreibungsfrage spaltet die Opposition. Sie kann eine gemeinsame Liste für die Wahlen verhindern

Quelle: wyborcza.pl

Die Frage der Abtreibung ist zu einem wichtigen Streitpunkt in der Opposition geworden. Jüngste Erklärungen von Szymon Hołownia und Władysław Kosiniak-Kamysz deuten darauf hin, dass eine gemeinsame Liste aufgrund der Erklärung von Donald Tusk unmöglich wird.
Der Streit, der während der Campus Zukunft Polen-Treffen „technisch" zu sein schien, wurde plötzlich zum Hauptkriterium, das die Opposition spaltet. „Man kann sehen, dass sich auf dem Campus alle Politiker so einig waren, dass sie so gut miteinander geredet haben, dass einige danach beschlossen haben, den Ton zu verschärfen", sagt einer der PO-Politiker, der an der Organisation des Campus beteiligt war, mit einem Augenzwinkern.
Die Vorsitzenden von Polen 2050 und der Polnischen Koalition erklärten einstimmig, dass sie ein Referendum über die Abtreibung anstreben würden. Rafał Trzaskowski - dass das Recht auf Abtreibung zum Katalog der Menschenrechte gehört - für jede Frau, auch wenn sie es nicht wahrnehmen muss. Zusätzlich verschärfte Donald Tusk das Thema, indem er hinzufügte, er werde dafür sorgen, dass nur Kandidaten auf den Wahllisten stehen, die das Gesetz zur Einführung des Rechts auf Abtreibung bis zur zwölften Woche unterstützen. Die Abstimmung über die legale Abtreibung bis zur 12. Woche soll eine der ersten im neuen Sejm sein - so sagen es zumindest die PO-Politiker.

„Tusk hat die Möglichkeit einer gemeinsamen Liste mit der Bauernpartei PSL praktisch liquidiert“
Von Seiten der PSL ist nun zu hören, dass der Vorsitzende der Plattform „die Möglichkeit einer gemeinsamen Liste mit der PSL praktisch liquidiert“ hat. Der PSL-Vorsitzende Wladyslaw Kosiniak-Kamysz argumentierte in der Debatte mit Rafal Trzaskowski, dass es klüger sei, die Polen zu fragen, als sich auf die Stimmen von 460 Abgeordneten, zumeist Männern, zu verlassen. Und bis das Referendum abgehalten wird, sollte der Kompromiss von 1993 wiedereingeführt werden.
Die Bauernpartei PSL wird ihre Meinung nicht ändern. „Sie haben ihre eigene Wählerschaft, in den Dörfern und Kleinstädten kämpfen sie mit der PiS um eine Regierung der Seelen. Wenn sie nach den Worten von Tusk auf einer Liste mit der Plattform stehen, werden die Leute der PiS sie im Wahlkampf zu Befürwortern der Abtreibung auf Wunsch machen. Denn so wird der PO-Vorschlag ja von der PiS verkauft“, hören wir von einem Oppositionspolitiker.
„Wir sollten betonen, was uns eint, einen Katalog gemeinsamer Themen auswählen und mit einem Gesetzespaket zu den Menschen gehen. Und dahinein sprang Donald Tusk plötzlich jetzt plötzlich mit aller Gewalt mit dem Thema Abtreibung“, kommentiert unser anderer Gesprächspartner. Auch der ehemalige Präsident Bronisław Komorowski äußerte sich gegenüber dem Portal „wPolityce“ zu diesem Thema, wobei er betonte, dass er seit 2010 nicht mehr in der Plattform sei und von einer „Radikalität der PO“ sprach.
Der Vorsitzende von Polen 2050, Szymon Hołownia, argumentiert auf TVN 24: „Tusk kommt heute heraus und sagt, er werde ein Gesetz verabschieden. Denken Sie daran, dass es bis 2025 einen Präsidenten Andrzej Duda geben wird, und bis 2029 wird das Verfassungsgericht mehr oder weniger unverändert sein.“ „Es ist klar, dass wir über den Schritt von Tusk nicht erfreut sind, er wird die Gespräche über gemeinsame Listen erschweren“, kommentiert ein Politiker von Polen 2050 die Situation.

Die Plattform „macht einfach ihr eigenes Ding“
In der Plattform sehen sie kein Problem. Sie bekräftigen noch einmal, dass die Position der Partei seit Anfang 2021 bekannt ist. Tusks Ankündigung, die PO-Listen für Gegner der legalen Abtreibung bis zur 12. Woche zu verschließen, habe keinen Bezug zu potenziellen Koalitionspartnern. „Ich bin überrascht, dass das jemanden überrascht. Tusk hat laut gesagt, was die Plattform auf der Tagesordnung hat. Schließlich nehmen wir den anderen Parteien nicht die Identität. Ein gemeinsamer Start bei den Wahlen bedeutet nicht, dass alle gleich sein müssen. Sie wollen sich nicht mit unserem Projekt identifizieren? Okay. Sagt ihnen jemand, dass sie es unterstützen müssen“, fragt ein PO-Abgeordneter.
Von Oppositionspolitikern ist zu hören, dass Donald Tusk rational gewählt hat. Sie beschreiben ein Szenario: „Er geht mit der PO extrem nach links, sammelt Stimmen, pumpt seine Partei auf und spricht dann aus einer Position der Stärke heraus mit der PSL und Polen 2050 über einen gemeinsamen Start“, sagt ein Politiker von Szymon Hołownia.
In diesem Puzzlespiel soll die Plattform Stimmen von der Linken erhalten, obwohl die Linke das liberalste Abtreibungsgesetz vorschlägt. „Alle Kleinen werden sich zwischen den beiden Blöcken wiederfinden, die sich gegenseitig bedrängen. Das ist es, was Tusk erreichen will. Unsere Strategie sollte darin bestehen, so viel Boden wie möglich zwischen PO und PiS zu gewinnen“, sagt unser Interviewpartner.
„Damit wird die einfache Botschaft der Plattform durch weitere Szenarien ergänzt. Wir wollen, dass Polen endlich ein wirksames, stabiles und modernes Gesetz bekommt. Und das gilt nicht nur für die Abtreibung, sondern auch für Lebenspartnerschaften und In-vitro-Fertilisationen“, so die PO-Politiker. Ein anderer Befragter der Plattform sagt, seine Partei habe aufgehört, nach anderen Partnern auf der Oppositionsseite zu suchen. Und macht „einfach ihr eigenes Ding“.

Wahrscheinlich drei Oppositionslisten
Die vorherrschende Meinung in der Bürgerplattform war in letzter Zeit, dass es entweder zu einer großen Koalition aller Oppositionsparteien kommen wird oder die Bürgerkoalition separat gegen die PiS antritt, wenn sich die Bedingungen für die Wahlen, d.h. die Wahlordnung, nicht ändern.
Dies würde die Erstellung von drei Listen bedeuten: Die bürgerliche Koalition, Polen 2050, eventuell zusammen mit der PSL, und die Linke, da die PO - trotz der Übernahme einiger linker Forderungen - nicht an einer Koalition mit der Linken interessiert ist, was auf Gegenseitigkeit beruht.

„Wir alle wissen, dass die Einführung eines Gesetzes, das Schwangerschaftsabbrüche bis zur 12. Woche erlaubt, oder die Durchführung eines Referendums von den Wahlergebnissen abhängt und davon, ob die PiS besiegt werden kann“, so unsere PO-Gesprächspartner.

Zsfg.: AV

https://wyborcza.pl/7,75398,28881714,sprawa-aborcji-dzieli-opozycje-moze-wykluczyc-jedna-wspolna.html

Halten wir Russland aus unserem Europa heraus

Quelle: wyborcza.pl

*Ein Kommentar von **Roman Kuźniar**, Politikwissenschaftler, Professor an der Universität Warschau. Er war Direktor des Polnischen Instituts für Internationale Angelegenheiten und Berater für internationale Angelegenheiten von Präsident Bronisław Komorowski.*

Der Vorsitzende der PiS nutzte einen weiteren Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs, um offiziell einen Antrag auf Reparationen an Deutschland zu stellen. Dabei stützte er sich auf Material, das unter der Leitung von Arkadiusz Mularczyk erstellt wurde - einem ebenso glaubwürdigen Abgeordneten wie Antoni Macierewicz als Leiter der Smolensk-Kommission. Und wahrscheinlich geht es um dasselbe - nämlich um die nie endende „Suche nach Wahrheit".

Der Vorschlag des Chefs der Regierungspartei macht nur einen Sinn: Es geht darum, angesichts der Skandale, die die Polen teuer zu stehen kommen, und der Unfähigkeit des Regierungslagers, die Bedingungen für den Erhalt echter Gelder aus dem EU-Wiederaufbaufonds zu erfüllen, vor den Wahlen Unterstützung zurückzugewinnen. An die Gutgläubigkeit Kaczyńskis (entschuldigen Sie das Oxymoron) konnte man in diesem Fall nur glauben, wenn seine Partei gleichzeitig einen Bericht über die von den Sowjets erlittenen Verluste vorlegte und einen Antrag auf Reparationen aus Moskau ankündigte und gleichzeitig den Regierungen der „Großen Drei" einen Antrag auf Revision des Potsdamer Abkommens mitteilte.

Der offensichtliche Humbug der PiS hat jedoch einen zweiten Grund, nämlich den kalten Krieg mit Deutschland und der Europäischen Union. Nicht mit Russland, denn das steht der PiS ideologisch nahe, sondern mit dem Westen. Das bringt uns, die wir ideologisch mit Europa und dem Westen verbunden sind, in eine schwierige Lage, wenn es darum geht, von unseren westeuropäischen Partnern Korrekturen in dem zu verlangen, was für Europa heute am dringlichsten ist, nämlich in seiner Haltung gegenüber Russland.

In einem Mitte August veröffentlichten ausgezeichneten Text - einem offenen Brief an die deutsche Außenministerin -, der für die Beurteilung der Fehler in der deutschen Russlandpolitik wahrscheinlich kanonisch werden wird ('Gazeta Wyborcza' 19. August 2022 – in der Übersetzung in unserem Newsletter 22/34), verwies Eugeniusz Smolar auch auf die fehlgeleiteten Initiativen von Berlin und Paris in ihrer Europapolitik. Im ersten Fall ist die Kritik sehr wohl berechtigt. Im letztgenannten Fall sollte jedoch daran erinnert werden, dass wir - ungeachtet der oft fragwürdigen Initiativen - Deutschland und Frankreich den Fortbestand der Europäischen Gemeinschaft und die Überwindung von Schwierigkeiten verdanken, die oft von anderen Gemeinschaftsländern verursacht wurden.
(…)

Wer hat Russland hier reingelassen?
Für uns in Mitteleuropa hatten die Kriege, die zuerst von Frankreich gegen Russland und 130 Jahre später von Deutschland gegen die Sowjetunion geführt wurden, einen völlig anderen Sinn. In beiden Fällen wurde der dramatischste Preis nicht von Frankreich und Deutschland, sondern von Polen und anderen Nationen in unserer Region gezahlt. Beim ersten Mal wurde Russland in die Gewährleistung der europäischen Ordnung (Heilige Allianz und Konzert der Mächte) hineingezogen, und beim zweiten Mal kam unser Teil Europas unter die direkte Herrschaft der kommunistischen Sowjetunion. Paris und Berlin sollten sich daran erinnern, dass es die Kriege Napoleons und Hitlers waren, die Russland die Tür nach Europa geöffnet haben.
Die Folgen des Zweiten Weltkriegs, der uns von Europa abschnitt, waren für uns besonders schmerzlich. Frankreich und (West-)Deutschland machten aus ihrem Platz und ihrer Entwicklung in einem geteilten Europa ein ziemlich gutes Geschäft, und mit der Zeit begannen sie, aus ihren Beziehungen zu Moskau ein ziemlich gutes Geschäft zu machen. Ja, die Sowjets haben im Zweiten Krieg schwere menschliche Verluste erlitten, und das darf nicht vergessen werden. Gleichzeitig bekamen sie aber durch den von Deutschland ausgelösten Krieg das, wovon die Bolschewiki seit dem Ende des Ersten Krieges geträumt und gesprochen hatten, nämlich einen weiteren „zwischenimperialistischen Krieg“. Das heißt, eine Gelegenheit, die die weitere Ausbreitung des Kommunismus und, geopolitisch gesehen, den Einfluss der Sowjetunion (Russland) in Europa und der Welt ermöglichte. Viele in Paris und Berlin betrachteten uns, Mittel- und Osteuropa, als einen legitimen Teil der Einflusssphäre Moskaus.
Paradoxerweise zeigten die Deutschen von 1945 bis zum Ausbruch des gegenwärtigen Krieges Russlands gegen die Ukraine und sogar noch einige Wochen nach dessen Beginn einen Schuldkomplex gegenüber Russland, aber nicht gegenüber Polen oder eben der Ukraine. Ja, es gab ein Gefühl der Verantwortung für die Verluste, die Polen während des Krieges erlitten hatte, aber kein Gefühl der Schuld für das Schicksal der Nationen, die dank Hitler unter das sowjetische Joch fielen. Wenn es schon in Berlin kein solches Verständnis gab, so konnte es in Paris noch weniger der Fall sein. Es geht hier nicht um eine Abrechnung von Unrecht, sondern um die Notwendigkeit, dass unsere Verbündeten in Berlin und Paris zutiefst erkennen, dass Russland das Schicksal Europas mitbestimmt. Ihre Kriege haben St. Petersburg und Moskau eine solche Chance gegeben, auf Kosten Europas und insbesondere auf unsere Kosten in Mitteleuropa.

Zeit, Russland aus unserem Europa herauszuhalten
Der derzeitige Krieg Russlands gegen die Ukraine und die heftige Konfrontation mit Europa ist eine Gelegenheit, in die entgegengesetzte Richtung zu gehen, d.h. Moskau von jeglichem Einfluss auf europäische Angelegenheiten abzuschneiden. Weder Paris noch Berlin sollten versuchen, dies zu verhindern, indem sie Russland wieder in europäische Angelegenheiten hineinziehen. In Kriegszeiten ist dies unmöglich. Moskau selbst hat Europa den Rücken gekehrt. Wir können jedoch sicher sein, dass nach dem Ende des Krieges, noch bevor sich der Staub gelegt hat, gewisse atavistische Schichten mit einer „Schwäche“ zu Russland und der Wunsch, mit Russland Geschäfte zu machen, in Frankreich und Deutschland wiederaufleben werden.
Ich möchte, dass man mich richtig versteht: Es geht nicht darum, Russland zu isolieren oder mit einem neuen Cordon sanitaire zu umgeben. Das ist weder möglich noch notwendig. Außerdem kann sich Russland wirksamer von Europa isolieren als Europa es von Russland könnte. Schließlich war der „Eiserne Vorhang“ von Anfang bis Ende das Werk Moskaus. Es geht nur darum, dafür zu sorgen, dass Russland

Europa nicht mehr schaden oder spalten kann. Die Abwesenheit Russlands in der europäischen Politik wird diese Politik nur von Doppelmoral, ideologischer Verwirrung und politischer Korruption befreien.
Die europäische Teilung war in der Vergangenheit das Ergebnis von Kriegen, die Frankreich und Deutschland gegen Russland oder die UdSSR, aber auch gegen andere europäische Staaten geführt haben. Die politischen Eliten in Paris und Berlin sollten aus diesem Bewusstsein heraus ihre Verantwortung für die gegenwärtige und zukünftige Einheit Europas wahrnehmen. Im Gegensatz zu Eugeniusz Smolar bin ich der Meinung, dass beide Länder diese Verantwortung spüren, auch wenn sie von unterschiedlichen Voraussetzungen ausgeht. Den Franzosen und Deutschen gebührt für ihren Einsatz für die europäische Einheit Anerkennung.

Fehler von Paris und Berlin, aber in gutem Glauben gemacht

In den letzten Jahren gab es jedoch kostspielige Fehler in ihrer Politik, auf die Smolar hinweist, wie die Intervention gegen Libyen oder Nord Stream 2. Ich glaube jedoch, dass die französischen oder deutschen Vorschläge zur Stärkung der Position und Handlungsfähigkeit der EU in den Außenbeziehungen, auch wenn sie oft fehlgeleitet sind, in gutem Glauben gemacht wurden. Die Hilflosigkeit der Gemeinschaft in Sicherheits- und Verteidigungsfragen mehr als zwanzig Jahre nach der Einführung einer spezifischen Politik in diesem Bereich und zahlreichen Schritten zu dessen Förderung ist zutiefst enttäuschend. Es ist daher nicht verwunderlich, dass Paris und Berlin zuweilen verzweifelt nach einem Ausweg aus der Sackgasse in diesen Fragen suchen, ohne das Europa nicht zu einem respektierten internationalen Akteur werden kann.
Die Legitimität der internationalen Bestrebungen der EU wird derzeit daran gemessen, ob sie angesichts der russischen Bedrohung kohärent und widerstandsfähig ist. Während für PiS, so einer der Hauptideologen der Partei, die Bedrohung aus dem Westen kommt, kommt sie für Europa aus dem Osten (Russland, China). Es reicht nicht aus, sich von der Illusion zu verabschieden, mit Putin telefonisch einen Waffenstillstand zu vereinbaren, und es reicht nicht aus, dass der deutsche Bundeskanzler eine eindeutige Haltung zu diesem Krieg einnimmt, obwohl dies zu begrüßen ist. Der Unterton der Rücksichtnahme von Paris und Berlin auf Russland kommt von Zeit zu Zeit zum Vorschein, sei es anlässlich der Haltung zum NATO-Russland-Staatsvertrag, den Moskau ja schließlich diskreditiert hat, oder anlässlich des Streits um Visa für Russen.
Niemand wird Frankreich und Deutschland verbieten, in Zukunft bilaterale Beziehungen zu Russland zu unterhalten, solange diese nicht Europa einbeziehen und nicht auf Kosten Europas gehen. Wenn sich Präsident Macron in seiner Rede am 1. September erneut für einen „Dialog mit Moskau“ entschieden hat, d.h. mit jemandem, der das Wort „Dialog“ nicht versteht, dann soll er es versuchen, aber nur auf Kosten Frankreichs. Und ein starkes Europa muss in Opposition zu Russland aufgebaut werden, nicht zu den Vereinigten Staaten, wie man es sich bis vor kurzem in Paris und Berlin vorgestellt hat.

Europa braucht Amerika

Die Verantwortung für Europa muss in beiden Hauptstädten auch als Stärkung der Präsenz der Vereinigten Staaten auf dem alten Kontinent verstanden werden. Sie müssen eine europäische Macht bleiben, denn obwohl sie nicht in Europa liegen, teilen wir mit ihnen eine gemeinsame Zivilisation und geopolitische Interessen. Das Gegenteil ist der Fall bei Russland, das in Europa liegt, aber kein europäischer Staat ist. Amerika verteidigte Europa, auch vor sich selbst (wie in beiden Weltkriegen), während Russland es nur bedrohte. Russland wollte es durch Eroberung oder Teilung beherrschen, aber auch durch den Aufbau von Einfluss durch Soft Power, z.B. durch die Korrumpierung der europäischen Eliten in Politik, Wirtschaft und Meinungsbildung. Es ist erstaunlich, wie wenig man sich dessen bewusst war, nicht nur in Deutschland oder Frankreich.
Auch das an Seine und Spree nicht selten anzutreffende Denken, man müsse den Einfluss Amerikas durch eine besondere Beziehung zu Russland ausgleichen, muss endlich aufgegeben werden. Es ist nicht Amerika, das ausgeglichen werden muss, sondern gemeinsam mit Amerika - China und Russland.
Ja, die spektakulär kriminelle Politik Putins gibt den mehr oder weniger offenen Befürwortern von Beziehungen zu Russland derzeit kein Argument. Ein Wechsel im Kreml muss die Voraussetzung für den Wiederaufbau der Kontakte zu Russland sein. Alle in Europa, insbesondere in Paris und Berlin, müssen sich jedoch bewusst sein, dass selbst dies nicht ausreicht. Russland wird in absehbarer Zeit keine

Demokratie werden, aber wir haben ja auch nicht nur mit Demokratien zu tun. Russland muss jedoch das in seiner Politik ständig präsente Gangster-Gen aufgeben, es muss auf den ständigen Wunsch verzichten, Europa zu schaden. Europa bedroht nicht Russland, sondern das Gegenteil ist der Fall.
Russlands Rückkehr in die Familie der zivilisierten Nationen wird daher ein wenig wie die Durchquerung der Wüste mit Moses durch die Juden sein müssen: Eine neue Generation von Politikern und Menschen, die die politische Kultur Russlands prägen, muss entstehen, eine Generation, die mit dem großrussischen Chauvinismus gegen seine Nachbarn bricht. Für Frankreich und Deutschland, die Mächte, die für die Einheit Europas verantwortlich sind, sollte dies der Ausgangspunkt für die künftige Normalisierung der Beziehungen zu Russland sein, und nicht eine Erwähnung der Baltendeutschen, die sich um den Aufbau der Größe des zaristischen Russlands verdient gemacht haben, oder von Natalia, der Reiseführerin vom Roten Platz aus dem Lied von Gilbert Bécaud, die die französische Phantasie verführt.

Wir kennen uns aus mit Ostpolitik, aber nicht unbedingt mit der Stärkung der Integration
Wir in Mitteleuropa haben das Recht, die Erfahrung und das Wissen, unsere westlichen Verbündeten in Bezug auf die Beziehungen zu Russland zu warnen oder zu instruieren. Andererseits fühle ich mich intellektuell unwohl, wenn ich als Pole die Bemühungen von Paris und Berlin zur Verbesserung oder Stärkung der Europäischen Union kritisiere oder versuche, etwas dazu zu sagen.
Zumal ich um die durch und durch antieuropäische und antideutsche Politik des polnischen Regierungslagers weiß. Denn die plumpe und zynische antideutsche Propaganda des Machtlagers soll nicht nur die eigene Wählerschaft mobilisieren, sondern auch Deutschland die Legitimation für die europäische Einheit entziehen. Der paranoide Anti-Europäismus wiederum ist eine Reaktion auf den Widerstand der EU gegen die Versuche, das polnische politische System zu russifizieren. Das ist ja auch der Sinn der Aussage des Europaabgeordneten Krasnodębski. Und das lässt sich nicht nur mit dem alten Sprichwort „Wenn Gott jemanden bestrafen will, nimmt er ihm zuerst den Verstand“ zusammenfassen, denn seine Aussage gibt genau die Denkweise der Parteien wieder, die Polen seit 2015 regieren. Diese Aussage ist ebenso antipolnisch wie antieuropäisch. Die polnischen Machthaber wollen nicht nur kein Europa in Polen, sie wollen auch kein geeintes und starkes Europa.
Ich kann mir gut vorstellen, wie die Deutschen oder die Franzosen reagieren, wenn wir uns über ihre Bemühungen zur Stärkung des europäischen Einigungsprojekts beschweren, für die sie manchmal einen politischen und nicht nur einen politischen Preis zahlen. Sie haben die Nase voll von dem, was sie von Kaczyński, Morawiecki oder Duda hören - dem Lager, das Polen heute regiert. Und werden sie auch noch von Leuten kritisiert, die auch in Polen von einer starken und effizienten Europäischen Gemeinschaft träumen.
Nun, wir müssen alle eine Lektion lernen. Sie - wie man Europa klüger aufbauen und den Wahnsinn Russlands stoppen kann. Wir - wie man Menschen, die Polen und Europa schaden, um an der Macht zu bleiben, verdrängt.

Zsfg.: AV

https://wyborcza.pl/7,75968,28871309,wyprosmy-rosje-z-naszej-europy.html

ZITAT DER WOCHE

Quelle: money.pl

„Ein Rezept für einen frustrierten Polen:

1. Das Geld nicht nehmen, das man nehmen kann.
2. Das Geld verlangen, das man nicht nehmen kann.
3. In beiden Fällen den Deutschen die Schuld für den Geldmangel geben.
4. Mit leeren Händen bleiben, aber mit Herzen voller Hass.
5. Leihen von den Chinesen.“

Marcin Matczak - Polnischer Rechtsanwalt, Rechtsberater, Professor für Sozialwissenschaften im Fachbereich Rechtswissenschaften, Universitätsprofessor an der Fakultät für Recht und Verwaltung der Universität Warschau.

Quelle: https://twitter.com/wsamraz/status/1565397355851137026

MEDIENSPIEGEL – IN DER DEUTSCHSPRACHIGEN PRESSE ÜBER POLEN

heise.de

Wahlkampf mit Weltkriegsschäden
https://www.heise.de/tp/features/Polen-Wahlkampf-mit-Weltkriegsschaeden-7254841.html

---

deutschlandfunk.de

Warum Polen so schlecht durch die Pandemie kam
https://www.deutschlandfunk.de/warum-polen-so-schlecht-durch-die-pandemie-kam-100.html

---

t-online.de

"Eine antideutsche Kampagne"
https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/aussenpolitik/id_100047212/polen-verlangt-1-3-billionen-euro-von-deutschland-experte-uebt-kritik.html

---

fnp.de

Pro Asyl: Menschenrechtspreis an polnische Flüchtlingshelfer
https://www.fnp.de/hessen/pro-asyl-menschenrechtspreis-an-polnische-fluechtlingshelfer-zr-91765811.html

---

berliner-zeitung.de

Wissen das die Deutschen? Heinz Reinefarth hat über 100.000 Polen getötet, nach dem Krieg war er Bürgermeister von Sylt
https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/wissen-das-die-deutschen-heinz-reinefarth-hat-ueber-100000-polen-getoetet-nach-dem-krieg-war-er-buergermeister-von-sylt-li.262927

DEKODER auf Deutsch
https://dekoder.com.pl/deutsch-artikel/

DIALOG FORUM – Perspektiven aus der Mitte Europas
https://forumdialog.eu/

POLEN und wir – älteste Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung
http://www.polen-und-wir.de/

REDAKTION:

kontakt@mitte21.org

Christel Storch-Paetzold

Jerzy Paetzold | Andreas Visser | Krzysztof Wójcik

Layout: Małgorzata Nierhaus